

14.05.2009: Rede im Landtag

Peter Ritter zur Beratung des Antrages der Fraktion der NPD: Illegale Einwanderung zum Straftatbestand machen

Frau Präsidentin,

meine Damen und Herren,

wenn es darum ginge, die Haltung der NPD zu ausländischen Flüchtlingen zu manifestieren, bräuchte es dieses Antrages nicht.

Sattsam bekannt ist deren Rassismus, der sowohl aus allen Poren des NPD-Partei- wie auch Aktionsprogramms wie auch vielen Reden und Schriften der neuen Nazis dringt. Auch Wahlkampfplakate dieser Partei verkünden wie gehabt, dass sie Mecklenburg-Vorpommern wie ganz Deutschland „ausländerfrei“ machen will.

Rassismus, meine Damen und Herren, gilt nach einer Feldstudie des Wissenschaftlers Martin Thein als Ideologie, die von einer grundsätzlichen, mit biologischen Argumenten begründeten Unterschiedlichkeit und Ungleichheit zwischen Menschen ausgeht. Aufgrund der unterschiedlichen Abstammung wird für die eigene „Rasse“ oder Volksgruppe ein Überlegenheitsanspruch abgeleitet. Dies legt eine Denkweise zugrunde, die nach körperlichen und kulturellen Merkmalen gebildeten Großgruppen unterschiedliche Fähigkeiten, Fertigkeiten oder Charaktereigenschaften zuschreibt. Rassistisches Verhalten geht folglich – auf der Basis biologisch – genetisch bedingter Differenzierungen – von unveränderlichen Merkmalsausprägungen ethnischer Gruppen aus und teilt diese in hierarchisch abgestufte Typen ein. Hierdurch wird ein konkurrierendes, zueinander nicht kompatibel scheinendes „Rassen“-Modell aufgestellt, welches in Diskriminierung, aggressivem Verhalten und Hass gegenüber Fremden mündet.

Diese Einstellung beruht auf der Intention, Individuen aus divergierenden, genetisch-biologischen „Rasse“-Kategorien zu definieren und daraus einen Überlegenheitsanspruch der eigenen Gruppe abzuleiten.

Wenn von nazistischer Seite davon gesprochen wird, nicht die Ausländer seien das Problem, sondern nur, wenn sie sich als raumgreifende Gruppen in unserem Land festsetzen würden, oder darauf hingewiesen wird, dass eine derartige „Überschwemmung“ Deutschlands mit Ausländern auf die Dauer zu sowohl ethnischen als auch gesellschaftlichen Problemen führen müsse, zeugt das von tradierten und damit tief verwurzelten fremdenfeindlichen Ressentiments.

Natürlich haben es die Herren von der NPD-Fraktion gelernt, ihre rassistische Grundhaltung zumindest hier im Landtag nicht so nackt und ungeschützt in Anträgen zu formulieren. Schließlich haben die demokratischen Fraktionen die Landesverfassung dahingehend ergänzt, dass Rassismus verfassungswidrig und entsprechend mit Konsequenzen zu rechnen ist.

Für ihre nunmehrige Attacke nutzen Sie von der NPD-Fraktion den verurteilungswürdigen Umstand, dass der Flüchtlingsschutz in Italien im rechten Populismus zu versinken droht.

Nachdem im Dezember 2008 an die 2.000 Flüchtlinge auf der Insel Lampedusa gelandet waren – sehr ungewöhnlich übrigens für Wintermonate -, zielte Italiens Innenminister Maroni auf die populistische Wirkung des „hau drauf“. Maroni gehört der Lega Nord an, also der extremen Rechten. Seine Haltung: Diesem „Massenansturm“ müsse Einhalt geboten werden!

Keine Rolle für ihn spielen die unhaltbaren Zustände im Lager auf Lampedusa: hoffnungslose Überbelegung, miserable hygienische und andere Lebensbedingungen, die zur Rebellion der InsassInnen führten. Sie brachen aus dem bewachten Lager aus und demonstrierten im Dorf.

Bemerkenswert, dass diese Aktion von Seiten der Einheimischen solidarisch unterstützt wurde.

Aber Maroni – wie die gesamte Regierung Berlusconi – blieb hart. Er versuchte, die bilateralen Abkommen mit Tunesien und Libyen zur Zurücknahme der Flüchtlinge in Gang zu setzen.

Erfolgreich wird im Berlusconi-Land die Angst vor „Illegalen“ medial geschürt. Täglich werden die Themen Migration, Kriminalität durch MigrantInnen und die dadurch angeblich schwindende Sicherheit diskutiert. Der Prozentsatz an durch AusländerInnen verübten Straftaten sei enorm gestiegen.

Nicht erwähnt wird dabei, dass seit Inkrafttreten des Sicherheitspakets 2008 in Italien die illegale Einreise als Straftat gilt. Damit kreiert man allein schon 36.000 StraftäterInnen, die Italien 2008 über See erreicht haben. Straftaten, die kein Italiener begehen kann.

Gleiches gilt mit den Zahlen der Ankünfte über See. Auch wenn diese 2008 um 75 % gestiegen sind, so sind es dennoch nur ca. 15 % derjenigen ohne Papiere im ganzen Land, wie auch ExpertInnen bestätigen. Die meisten der sich in Italien irregulär aufhaltenden Menschen sind die mit Visum Eingereisten, die das Land nach dessen Ablauf nicht verlassen haben.

Das alles soll aber nicht öffentlich werden. Die meisten Medien beleuchten – wie übrigens in Deutschland auch – in den seltensten Fällen alle Seiten. Schon gar nicht soll die Frage erörtert werden, was die nationale und die europäische Politik zu der unverträglichen Situation in Lampedusa beitragen.

Die Probleme der Flüchtlinge und MigrantInnen werden weiterhin unter den Teppich gekehrt, wie man an dem neuen Straftatbestand „illegale Reise“ deutlich erkennen kann.

Doch es geht schon lange nicht mehr um Flüchtlinge und deren Schutz, wie die Situation an den Außengrenzen der EU ständig belegt. So ist die inhumane Flüchtlingsabwehr in der spanischen Afrika-Exklave Cunta ein weiteres markantes Beispiel dafür.

Wenn von Straftat die Rede ist, so ist immer auch nach Normtatbeständen mit Elementen des Verschuldens oder der Vorwerfbarkeit zu fragen, also nach schuldhaften Handlungen, die dem vorausgehen und zu bestimmten Verhaltensweisen führen. Der NPD liegt so etwas fern.

Jeder, der sich gegen so genannte „Illegale“ mit Maßnahmen der verschiedensten Art wendet, muss sich zuerst mit Ursachen und daraus resultierenden Tatsachen befassen. Eine Politik, die nur Ergebnisse falscher Weichenstellungen zu ihrem Gegenstand erhebt, ist untragbar. Das gilt für Italien, für Deutschland wie die gesamte EU.

Allein 13.000 Tote wurden im Mittelmeer und im Atlantik vor den Kanarischen Inseln seit 1988 aufgefunden. Sie starben auf der Suche nach Überleben und auf der Flucht vor Lebensbedingungen, die durch Freihandel, europäische Agrarsubventionen und klimabedingte Katastrophen unerträglich sind. Nach Schätzungen der UN kommen auf jeden tot aufgefundenen Bootsflüchtling – darunter immer mehr Frauen und Kinder – noch einmal rund 45 versunkene Leichen. Einer halben Million Toten in seinen südlichen Grenzgewässern zum Trotz bleibt Europa, respektive die EU, seltsam gleichgültig.

Unsere Welt tut nur eines: Sie hat ihre Methoden verfeinert, sie betreibt die Grenzagentur FRONTEX, mit denen sie die Wirklichkeit und die Not aussperrt. Sie hat Zäune, Mauern und Feindbilder errichtet, damit wir das Elend nicht an uns heranlassen.

Die Menschen, die auf der anderen Seite unserer Meere auf die Fahrt in ein besseres Leben warten, teilen ein Schicksal: In Afrika können sie nicht bleiben, in Europa dürfen sie nicht bleiben.

2008 sind UNO-Schätzungen zufolge mehr als 67.000 Bootsflüchtlinge gelandet. Das sind fast 60 % mehr als im Jahr zuvor. UNICEF verwies vor wenigen Tagen darauf, dass Hunger, Konflikte, Dürre und Instabilität eine immer größere Zahl von Kindern in den Staaten am Horn von Afrika bedrohen. Schon jetzt seien ca. 20 Millionen Menschen, darunter vier Millionen Kinder, auf Nothilfe und Lebensmittelversorgung angewiesen.

Wie viel Selbstverschulden tragen diese Menschen für ihre Situation, meine Herren von der NPD-Fraktion?

Sie werfen Menschen, die dieser Unmenschlichkeit durch Flucht und Suche nach Alternativen entkommen wollen, vor, dem reichen Norden schaden zu wollen, Europa in schwerwiegende Probleme zu versetzen? Wie schäbig, aber typisch, dass Sie sich nur für die „Bewahrung der reinen Rasse“ interessieren!

Es ist aber das Gleiche, was Sie auch hier im Land betreiben.

Sie geben vor, sich für den „kleinen Mann“ zu engagieren, in Wirklichkeit ist Ihnen seine soziale Situation schnuppe.

Schon jetzt stirbt alle sechs Sekunden ein Kind an Unterernährung. Das sind täglich über 20.000.

Der Klimawandel wird Afrikas Ernten in den nächsten Jahrzehnten halbieren. Und angesichts der Weltfinanzkrise haben IWF und Weltbank dieser Tage vor einer entwicklungspolitischen Katastrophe gewarnt und Hilfen für arme Länder gefordert. Schon bis jetzt hat die Krise mehr als 50 Millionen Menschen zusätzlich in extreme Armut getrieben. Deren Zahl könnte in diesem Jahr auf 90 Millionen steigen, die der Hungernden auf eine Milliarde.

Es scheint festzustehen, dass der Süden die Zeche für eine Krise zahlt, die ausschließlich im Norden produziert wurde. Dass es aber die IWF-
Strukturanpassungsprogramme waren, die den Süden für extreme Krisen extrem verwundbar gemacht haben, wird geflissentlich verschwiegen.

Und über ein faires Weltwirtschaftssystem, das den Süden nicht zum Rohstofflieferanten degradiert, wird gar nicht erst geredet.

Sie warnen davor, dass illegale Einwanderung Europa vor schwerwiegende Probleme stellen würde. Sie regen sich aber nicht darüber auf, dass sich die Industrienationen einen Lebensstandard gönnen, der über Schulden und Finanzblasen zu Lasten der Dritten Welt erkaufte wird.

Der menschenverachtende Kurs der EU, der darin besteht, juristische Sicherheit für Ihre Investitionen und freien Zugang für ihre Exporte zu schaffen, aber keinen freien Zugang für Menschen in Not zu gewähren, tangiert eine Partei, die die allgemeinen Menschenrechte ohnehin ablehnt, selbstredend nicht. Und damit auch nicht die ursächliche Verantwortung Europas für entstehende Konflikte.

Formal spielen die Menschenrechte natürlich immer eine Rolle, weil die Europäische Charta ihre Mitgliedsstaaten darauf verpflichtet. Aber real sind sie nicht von Bedeutung.

Nur bei offenen Grenzen sehen die Menschen eine Möglichkeit, zu gehen und auch wiederzukommen. Aus historischen Erfahrungen kann man ableiten, dass restriktive Migrationspolitik und dichte Grenzen eher paradox wirken. Wenn Flüchtlinge und Einwanderungswillige erst aufgrund der Perfektionierung der Zugangsverhinderung in die Fänge bestimmter Organisationen geraten, dann kann diese Politik kein Mittel zur Eindämmung unkontrollierter Einwanderung und internationaler organisierter Kriminalität sein, sondern bildet im Gegenteil die Voraussetzung für ihre Entstehung und Ausweitung.

Statt den Straftatbestand „illegale Einwanderung“ zu schaffen, sind aus diesem Zusammenhang zwischen einer repressiven staatlichen Politik der Migrationskontrolle und der Zunahme irregulärer Einwanderung Schlussfolgerungen für eine den Menschenrechten verpflichtete Migrationspolitik abzuleiten.

Aus dem Dargestellten leitet sich die Notwendigkeit einer Ent-Illegalisierung ab, denn die rechtlose und ungeschützte Lage der auch in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Personen trägt noch zusätzlich dabei bei, dass sie aus ihrem Schicksal nicht aussteigen können.

Den Betroffenen, meine Herren von der NPD,

stehen Menschenrechte zu, wie das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

Und da Sie in Ihrem Antrag besonders die SchwarzafrikanerInnen erwähnen: Der neueste Stand der Wissenschaft besagt, dass die Wiege der Menschheit vor zweieinhalb Millionen Jahren in Afrika stand.

Dort liegt unser gemeinsamer Ursprung, auch der Ihre.

Rücken sie also endlich von Ihrer unhaltbaren und gefährlichen rassistischen Ideologie ab.

Eine Zustimmung zu Ihrem Antrag liegt fern jeder Möglichkeit.